

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948

180 (15.12.1948)

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Süddeutsche Allgemeine

Bezugspreis wöchentlich DM 2,40 einschließlich Transportgebühren, Postzusatz DM 2,30 zuzüglich Zustellgebühr. — Anzeigenpreis: Die sechsseitige, 48 mm breite Militärmeter-Millimeter-Grundpreis DM — 80, im übrigen siehe zur Zeit gültige Preisliste Nr. 3a. — Postcheckkonto Postcheckamt Karlsruhe Nr. 80.533.

2. Jahrgang / Nr. 180

Karlsruhe, Mittwoch, 15. Dezember 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

Wirtschaftsrat lehnt „Oberste Preisbehörde“ ab

Frankfurt im Schatten der Welternährungskonferenz — Warum fuhr Podyen nicht nach Washington? — fragt die SPD

Frankfurt, 14. Dez. (SAZ) Im Rahmen einer scheinbar „harmlosen“ Tagesordnung der 23. Vollversammlung des Wirtschaftsrates am Dienstag zeigten sich zwei Explosionsstoffe, die nach Entladung drängen. Der eine wäre fast durch die Lunte der SPD in Sache Podyen zur Zündung gebracht worden. Der andere kam durch einen Antrag, gleichfalls der SPD, in Sachen „Oberste Preisbehörde“ zur Detonation.

Wer hat Ministerialdirektor Podyen, Vertreter Dr. Schlang-Schöningens in der Verwaltung für Ernährung, Mitglied der SPD, daran gehindert, als Begleiter von Mr. Andrew, den Leiter der Ernährungssektoren im Zweimächte-Kontrollamt, zur Welternährungskonferenz nach Washington zu reisen? Die SPD behauptete, daß Podyen von Oberdirektor Dr. Pinder daran gehindert wurde, weil Podyen Mitglied der SPD sei. Der Oberdirektor erklärte erneut vor dem Plenum, er habe sich mit der Frage, ob Podyen reisen soll oder nicht, gar nicht befaßt, er hätte sich also auch nicht für oder wider entscheiden können.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion stellte zu der ganzen Frage grundsätzlich fest, daß ein Beamter, der ins Ausland gehe, die Politik seines Amtes zu vertreten habe. In Fragen von Regierungspartei und Opposition einig sei, spiele die Parteizugehörigkeit keine Rolle. Sei dies aber nicht der Fall, dann dürfe man den betreffenden Beamten nicht in innere Konflikte zwischen seiner Einstellung als Parteimitglied und seiner Pflicht als Beamter bringen. Auf diesen Standpunkt habe sich seinerzeit auch die CDU/CSU-Fraktion bei der Besprechung der geplanten Reise Podyens nach Washington gestellt, ohne damit etwa die Person des verdienten Ministerialdirektors damit irgendwie kränken zu wollen. Abg. Dr. Holzappel erklärte ausdrücklich, daß er für diese Angelegenheit die Verantwortung übernehmen wolle. Nachdem auch die anderen Parteien zu diesem Fragekomplex zu Wort gekommen waren, stellt Abg. Dr. Kriesemann (SPD) fest, daß er im Falle Podyens auf der nächsten Plenarsitzung durch eindeutige Fragestellung die Klärung der Gründe der verhinderten Reise zur Welternährungskonferenz erneut versuchen werde, da dies grundsätzliche Bedeutung habe.

Tschiangkaischeks Rücktritt nicht bestätigt

Chinesische Kommunisten vor Peking — Ehemalige Hauptstadt unter Beschuß

Hongkong, 14. Dez. (DENA) Generalissimo Tschiangkaischek soll, wie laut Reuters in chinesischen Finanzkreisen berichtet wird, von seinem Posten als chinesischer Staatspräsident zurückgetreten sein. Vizepräsident Li Tsung-Jen soll den Bericht zufolge den Posten Tschiangkaischeks übernommen haben. Li Tsung hatte als Militärbefehlshaber der Provinz Kwangsi die Vizepräsidentenwahlen im vergangenen Frühjahr gewonnen, da er sich für politische Reformen und Maßnahmen zur beschleunigten Beendigung des Bürgerkrieges eingesetzt hatte. Die Börse von Hongkong reagierte auf die Berichte sofort mit einem umfangreichen Verkauf von Goldbarren.

Der Rücktritt Marschall Tschiangkaischeks wurde bis jetzt weder vom britischen Außenministerium noch von

Welt-Rundschau

WASHINGTON. Die ECA-Verwaltung hat sieben westeuropäischen Staaten und Westdeutschland 8.261.321 Dollar zugewandt, wovon der Bize nach Absichten an vorhergehenden Zuteilungen 1.242.000 Dollar verbleiben. — BUENOS AIRES. Die Verhaftung von 14 prominenten Argentinern, die in gesetzwidrige Kredittransaktionen verwickelt sein sollen, wurde angeordnet. — LONDON. König Georg VI. feierte am Dienstag seinen 53. Geburtstag. — BRUSSEL (UP). Belgien will Israel nicht anerkennen, solange die Lage in Palästina ungeklärt ist. — WARSCHAU (UP). In Warschau wird der größte Punkturn der Welt errichtet. Der Turm, der 335 Meter hoch werden soll, wird die Antenne des Warschauer Rundfunksenders tragen. — DAMASKUS. Der Gesundheits- und Sozialminister im letzten syrischen Kabinett, Emir Adel Arslan, wurde beauftragt, eine neue Regierung zu bilden. — SEOUL. In Südkorea wurde eine Vernehmung gegen den Ministerpräsidenten und Innenminister aufgedeckt. 45 Verhaftungen wurden vorgenommen. — TOKIO (UP). Das japanische Parlament forderte im Zusammenhang mit einer Skandalaffäre des japanischen Finanzministers Sanzoku Irimajima den Rücktritt des Ministerpräsidenten Shigeru Yoshida. / Vier ehemalige japanische Admirale und elf weitere Angehörige der ehemaligen japanischen Flotte wurden von einem US-Gericht wegen Kriegsverbrechen zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Unter den Verurteilten befindet sich auch ein Vetter Kaiser Hirohitos.

(Alle nicht gesicherten Nachrichten: DENA)

Oberste Preisbehörde oder Preisrat war das zweite Problem, das zu längeren Diskussionen herausforderte. In Zusammenhang mit dem Antrag des Ausschusses für Wirtschaft, die Geltungsdauer des sogenannten Preisgesetzes vom 10. 4. 48 bis zum 31. 12. 49 zu verlängern, hatte die SPD den Antrag auf Bildung einer Obersten Preisbehörde gestellt und begründete diesen vor dem Plenum ausführlich. Der Verwaltungsrat lehnte sich durch seine oberste Spitze, den Oberdirektor persönlich, gegen diesen Antrag auf. Ein Preisrat sei bereits vorhanden, arbeite zufriedenstellend und genüge daher.

Stoß über Ernährungslage optimistisch

Brot- und Fleischversorgung gesichert — Jahrelange Bewirtschaftung nötig

Stuttgart, 14. Dez. (SAZ) Auf der letzten diesjährigen Pressekonferenz berichtete Minister Stoß über die Entwicklung der Ernährungslage und gab einen Rückblick auf die überstandene Ernährungskrise. Am Ende des Jahres könne man ohne weiteres von einer Besserung der gesamten Situation sprechen. In Verfolg der Währungsreform hätte das Schwanken zwischen Frei- und Zwangsirtschaft auf dem Ernährungsgebiet zu Verlusten geführt. Inzwischen sei es aber durch Einsatz aller Kräfte gelungen, die Bewirtschaftung wieder in die Hand zu bekommen. „Wir haben die Sache geschafft“, rief Minister Stoß aus „und in der Getreideerfassung so stark aufgeholt, daß Württemberg-Baden an die vierte Stelle der Bizone aufgerückt ist.“ Das vom Wirtschaftsrat in Frankfurt für dieses Jahr eingezeichnete Ablieferungsoll beruht auf einer Selbsttäuschung und könne auf keinen Fall hundertprozentig erfüllt werden. Da Amerika aber außerhalb dem Marshallplan liegende Importe kategorisch abgelehnt habe, werde von den deutschen Ernährungsministern im Interesse des Anschlusses an die neue Erde nach wie vor die Forderung auf eine Brotationskürzung um 1000 Gramm ab Januar 1949 erhoben werden. Das Ablieferungsoll für Württemberg-Baden ist in diesem Jahr auf 224.000 Tonnen (1947: 150.000 Tonnen) festgesetzt worden.

Dann griff Prof. Ehard selbst in die Debatte ein und schloß mit seinen bekannten Argumenten gegen jeden versuchten Angriff auf seine Wirtschaftspolitik. Es dürfe jetzt kein Herumkurieren geben, denn die Preise seien nicht die Ursache, sondern der Ausdruck jener Störungen, die es zu beseitigen gelte. Und gerade daran werde von seiten der Verwaltung für Wirtschaft dauernd gearbeitet. Jede Preisbehörde sei nur eine tarnende Umschreibung für den gefürchteten Begriff „Preiskommissar“ mit allen seinen Folgen.

In einer scharfen Abstimmung verfiel dann der Antrag der SPD auf Bildung einer Obersten Preisbehörde mit 45:41 Stimmen der Ablehnung, während der Antrag, das Preisgesetz zu verlängern, mit 47:39 Stimmen angenommen wurde.

Das Gesetz über den vorläufigen Aufbau der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes sowie das zweite Gesetz zur Änderung des Bewirtschaftungsgesetzes, ferner das Gesetz zur Verlängerung des Übergangsgesetzes sowie das Gesetz zur Sicherung der Düngemittel- und Saatgutversorgung wurden in zweiter und dritter Lesung gegen vier Stimmen der KPD bzw. bei deren Stimmenthaltung angenommen. Ein Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, FDP, des Zentrums und der DP auf Einsetzung eines Ausschusses für Beamtenrecht wurde in 46 gegen 37 Stimmen angenommen. Die nächste Vollversammlung des Wirtschaftsrats findet am Freitag, 17. Dezember, statt. We.

Beihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen

Karlsruhe, 14. Dez. (SAZ) Wir erhielten von Oberbürgermeister Töpfer folgenden Initiativ-Gesetzentwurf, der noch vor Weihnachten von württemberg-badischen Landtag bestätigt werden soll: Die Ehefrau und die unterhaltsberechtigten Angehörigen eines Kriegsgefangenen, der sich am 1. Dezember 1948 noch in Kriegsgefangenschaft befand, erhalten von diesem Zeitpunkt an Unterhaltsbeihilfen im Ausmaß der Leistungen, die nach dem Gesetz Nr. 74 über Leistungen an Körperbeschädigte vom 21. Januar 1947 an Hinterbliebenen gewährt werden. Mit der Durchführung des Gesetzes sollen die Kreisverbände und kreisfreien Städte beauftragt werden. Nach Verkündung des Gesetzes werden wir ausführliche Durchführungsbestimmungen veröffentlichen.

Vor Teil-Übergabe des Besatzungsstatuts

Entwurf über Neugestaltung der Polizei an den Parlamentarischen Rat

Konn, 14. Dez. (DENA) Die drei Militärgruppen sollen, wie zuverlässig verlautet, die Absicht haben, bei ihren Besprechungen mit einer Abordnung des Parlamentarischen Rates am Donnerstag den deutschen Vertretern die Texte der Abschlüsse über „Besatzungskosten“ und „Schiedsgericht“ des Besatzungsstatuts zu überreichen. Mit der Übergabe des gesamten Wortlautes des Statuts ist, wie es heißt, noch nicht zu rechnen, da unter den Alliierten noch über verschiedene Punkte, keine Einigung erzielt worden sein soll.

Vertreter der katholischen und der protestantischen Kirche erörterten am Dienstag erneut mit dem Präsidium und den einzelnen Fraktionsvorsitzenden des Parlamentarischen Rates (mit Ausnahme der KPD) die Möglichkeit einer Verankerung religiöser Prinzipien im kommenden

Grundgesetz. Die von den Kirchenvertretern vorgebrachten Argumente werden innerhalb der einzelnen Fraktionen diskutiert werden. Die ersten Fraktionsbesprechungen sind für Dienstagmorgen abbestimmt.

Die Polizeifrage der Bizone haben dem Parlamentarischen Rat in Bonn, wie DENA aus gut unterrichteten Kreisen der Hannoverischen Polizei erfährt, einen Entwurf über die Gestaltung des neuen Polizeirechts und der Organisation der Polizei im Rahmen der Bundesverfassung eingereicht. In dem Entwurf sind eine Bundespolizei und eine Bundeskriminalpolizei vorgesehen, die parlamentarisch kontrolliert werden sollen, um die Bildung einer „Schwarzen Reichswehr“ zu verhindern. Ferner ist die Schaffung einer Bereitschaftspolizei beabsichtigt, die in Kasernen untergebracht und nur bei Verklagung des „nationalen Notstandes“ von der Bundesregierung unter Zustimmung der parlamentarischen Kontrollinstanzen eingesetzt werden soll. Die Bereitschaftspolizei soll auf die Länder verteilt werden. Ihre Stärke soll der jeweiligen Größe und Einwohnerzahl des Landes entsprechen. Außerdem wird in dem Entwurf, wie es heißt, eine bessere Bewaffung und modernere technische Ausrüstung der Bundespolizei verlangt.

Von den westlichen Besatzungsmächten sollen besonders gegen die Kasernierung der Bereitschaftspolizei sowie gegen eine stärkere Bewaffung erhebliche Bedenken bestehen, obwohl sich der Entwurf in der jetzt dem Parlamentarischen Rat vorliegenden Fassung eng an den Aufbau der amerikanischen Bundespolizei anlehnt.

Interzonen-Wirtschaftsskandal aufgedeckt

Illegale Waren- und Geldschleuber im Werte von über 20 Millionen DM

Düsseldorf, 14. Dez. (DENA) Ueber den vor ungefähr einer Woche von alliierten und deutschen Behörden aufgedeckten großen Interzonen-Wirtschaftsskandal, bei dem Textilien, Stahl und erhebliche Geldbeträge zwischen den Westzonen und der Sowjetzone verschoben wurde, gab das nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerium weitere Einzelheiten bekannt. Danach wurden allein nach der Währungsreform im Rahmen dieser Warenschiebungen, in die nach den Ermittlungen des Ministeriums über sechzig Lieferanten aus allen Ländern der Westzonen, Banken und die Berliner Exportagenturen „Balorex“ und „Texta“ verwickelt sind, illegale Interzonen-Geschäfte im Wert von über zwanzig Millionen DM getätigt. Außerdem lief ein illegaler Geldtransfer über rund fünf Millionen D-Mark, der nach Ansicht des Ministeriums den Wert der DM gefährdete. Vor der Währungsreform wurden bereits Eisen- und Stahlwaren im Wert von zehn Millionen RM aus NRW in die Sowjetzone verschoben. Dies geschah teilweise ohne Ausfuhrbewilligungen, teilweise aber auch mit Bewilligungen, die in einem anderen Land der britischen Zone ausgestellt worden waren.

Alle Kriegsgefangenen aus Frankreich entlassen

Konferenz der Länderchefs mit Francois-Poncet und General König

Mainz, 14. Dez. (DENA) Im Gebäude der Industrie- und Handelskammer in Mainz begann am Dienstag eine Konferenz zwischen General König, dem französischen Sonderbeauftragten, Botschafter André Francois-Poncet und den drei Ministerpräsidenten der französischen Zone. An der Konferenz nahmen außerdem General Noiret und der politische Berater General König, Tarse de St. Hardouin teil.

Im Verlauf der Konferenz gab General König bekannt, daß die drei Militärgruppen der Westzonen am kommenden Freitag eine Delegation des Parlamentarischen Rates unter Führung von Dr. Konrad Adenauer empfangen werden. Bei diesem Empfang sollen Fragen des Besatzungsstatuts erörtert werden. Wie DENA hierzu erfährt, stimmen die Westalliierten im großen und ganzen über den Inhalt des Besatzungsstatuts überein. Lediglich über die Einrichtung des Schiedsgerichtshof und Erhebung der Besatzungskosten bestehen noch Meinungsverschiedenheiten.

General König erklärte, daß die letzten deutschen Kriegsgefangenen aus den Lagern Frankreichs und der französischen Besatzungszone am 8. Dezember entlassen

würden. Damit befinden sich keine ehemaligen Wehrmachtangehörige mehr in französischer Gefangenschaft.

In der Frage des Lastenausgleichs vertrat die drei Länderchefs die Auffassung, daß der Lastenausgleich nur dann vollen Erfolg haben könne, wenn sich die Länderparlamente der französischen Zone beim bizonalen Gesetz anschließen. Hierbei stünde jedoch der Passus des Bizonegesetzes, nach dem die Staats- und Gemeindefürsorge für die Zahlungen zur Solidarhilfe herangezogen werden sollen, hindernd im Wege. General König erklärte, das Steueraufkommen der Zone das im Oktober 102 Millionen D-Mark betrug, müsse auf 130 Millionen D-Mark gesteigert werden. Die Regierung von Rheinland-Pfalz setzte sich für eine bessere Ausschöpfung der bisher gegebenen Steuermöglichkeiten, nicht aber für die Schaffung neuer Steuern ein. — Nach Aussage von General König begründet die französische Militärregierung jeden Vorschlag, der zu einer Angleichung der Lebensmittelpreise an die der Bizone führen könnte. Eine derartige Angleichung würde in zunehmendem Maße angestrebt, es sei jedoch zweifelhaft, ob sie bis zum 1. Januar 1949 erreicht werden könne.



Aufnahme: DENA

Prälat Haug neuer Landesbischof

Stuttgart, 14. Dez. (SAZ) Zum Nachfolger des aus Altersrücksicht ausscheidenden Landesbischofs D. Theophil Wurm wurde am Dienstagvormittag gemeinsam vom Evangelischen Oberkirchenrat und dem Landeskirchenrat Prälat Dr. Martin Haug gewählt. Der neue Landesbischof von Württemberg wird voraussichtlich am 20. Januar kommenden Jahres sein Amt antreten.

Prälat Dr. Haug wurde am 14. 12. 1905 in Calw geboren, er erwarb 1925 den theologischen Dokortitel und wurde ein Jahr später Stadtpfarrer in Tübingen. Als Studiendirektor am evangelischen theologischen Seminar in Urach widmete er sich ab 1930 der Ausbildung des Pfarrernachwuchses. 1935 wurde er als Direktor des Stuttgarter evangelischen Pfarrseminars zum Kirchenrat und 1943 zum Oberkirchenrat ernannt. Vor zwei Jahren erhielt Dr. Haug den Titel „Prälat“ und wurde Stellvertreter des Landesbischofs Wurm in geistlichen Angelegenheiten. Vor seiner Wahl zum Landesbischof bekleidete Prälat Haug das Amt des Personalreferenten beim Evangelischen Oberkirchenrat.

Süddeutsche Allgemeine

Nummer 180 / Mittwoch, 18. Dezember 1948

Sicherung des Wiederaufbaus

OPP. Die Tagung der UN-Vollversammlung ist zu Ende und damit auch eine Reihe von hitzigen Debatten um die Erhaltung des Weltfriedens. Die Delegierten gingen auseinander, wie sie zusammengekommene waren, allerdings um einige Erfahrungen reicher. Diese Erfahrungen sind das einseitige Resultat der schier endlosen Auseinandersetzungen zwischen östlichen und westlichen Meinungen, womit jedoch nicht gesagt sein soll, daß die in Paris gewonnenen Erkenntnisse wertlos seien. Die Sowjetunion konnte den Westmächten keinen besseren Dienst erweisen, als ihre ablehnende Haltung gegenüber allen Friedensbemühungen so offen an den Tag zu legen, wie es durch den russischen Delegierten Andrej Wytschinski geschah. Seine Sprache ließ in Paris an Offenheit nichts zu wünschen übrig, so daß den Nationen des Westens nichts anderes übrigblieb, als ihrerseits Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, die geeignet sind, ihrer Lebensform einen wirksamen Schutz zu bieten.

Unter diesem Gesichtspunkt ist der in Vorbereitung befindliche Nordatlantik-Pakt aufzufassen, dessen Entwurf eine gegenwärtige Unterfertigung vorläufig, wenn mit einem bewaffneten Angriff auf die am Nordatlantik-Pakt beteiligten Staaten zu rechnen ist oder wenn ein solcher Angriff tatsächlich erfolgt. Die Formulierung dieser Klausel läßt sehr deutlich erkennen, daß der Pakt kein „Aggressiv-Mittel“ darstellt, sondern vielmehr eine Vorsichtsmaßnahme gegen eine drohende Gefahr, die täglich über Abertausenden Menschen hereinbrechen könnte. Westeuropa würde allein nicht in der Lage, einer eventuellen sowjetischen Invasion — wenn es überhaupt zu einer solchen kommt — Einhalt zu gebieten. Die Verteidigungsmittel der „Westeuropäischen Union“ würden sich als viel zu schwach erweisen, und alle Hoffnungen auf einen Wiederaufbau und eine Wiedergesundung Westeuropas wären damit in ein Nichts zerfallen. Das Bündnis zwischen Nordamerika und den westeuropäischen Nationen käme einem Schutz für die Menschen gleich, welche endlich wieder ihr Leben und ihr Land so gestalten wollen, wie sie es wünschen. Ein Volk, das in geordneten Verhältnissen lebt, die durch eine starke Macht geschützt werden, wird kaum dem Kommunismus zum Opfer fallen. Solche Überlegungen gelten nicht nur für Westeuropa, sondern genau so für Nordamerika, das bei den heutigen technischen Möglichkeiten im Falle kriegerischer Auseinandersetzungen im gleichen Maße bedroht wäre.

Man kann es deshalb verstehen, wenn der Wunsch nach einem starken Gegenpol in Gestalt einer militärischen Allianz immer größerer Formen annimmt. Es bleibt allerdings noch die Frage offen, inwieweit sich die Mächte in ein derartiges Bündnis einspannen lassen wollen, was sehr stark von der Haltung der Vereinigten Staaten abhängen wird. Denn nach ist nicht bekannt, ob Amerika im Falle eines Konfliktes aktiv eingreifen oder lediglich nur die Versorgung mit Waffen und sonstigen Gütern übernehmen will. Dies bleibt dem amerikanischen Kongreß überlassen, der zu entscheiden hat, ob Soldaten der Vereinigten Staaten auf Kriegsschiffen in Übersee eingesetzt werden können oder nicht. Der Standpunkt daß man nicht gewillt ist, für andere die Kosten aus dem Feuer zu holen, dürfte heute vielen europäischen Völkern zu eigen sein. Und mit dieser Überlegung hat man jetzt in Washington bei den Besprechungen über den Nordatlantik-Pakt besonders zu rechnen. Wir erkennen die Notwendigkeit eines derartigen Paktes an, denn Deutschland hat das größte Interesse an einem friedlichen Wiederaufbau seiner Stätte und zerstörten Existenz. Aber gerade deswegen hoffen wir von ganzem Herzen, daß die einzelnen Bestimmungen eines solchen Bündnisses niemand in Kraft zu treten brauchen, sondern allen eine Sicherung gegen einen bewaffneten Konflikt darstellen werden.

EINE GRENZE ERZÄHLT...

... von „Wandervögeln“, 60 Mark Monatsrente und Kindern mit alten Gesichtern / SAZ-Sonderbericht

Aachen, Mitte Dezember. Sie hat eine traurige Berühmtheit erlangt, die Grenze im Westen. Für Presse und Rundfunk ist sie zu einem beliebten Thema geworden und demnächst wird in den Kinos der Westzonen sogar ein Dokumentarfilm laufen, der von der Film-Section in Hamburg in Auftrag gegeben wurde. „Kampf an der Grenze“ ist der Arbeitstitel dieses Filma, der von den Verhältnissen an der Aachener Grenze berichtet. Unwillkürlich drängt sich die Frage auf: Wer kämpft denn gegen wen? Die Zöllner gegen die Schmuggler? Gesetz gegen Illegalität? Nur Recht gegen Unrecht, nur Gut gegen Böse? Wer einen klaren Blick für die Menschen und Ereignisse an der Grenze besitzt, wer die Kinder im Tunnel von Bleck gesehen hat und die nächtliche Atmosphäre im Wartesaal des Aachener Hauptbahnhofes kennengelernt, wer mit den alten Grenzern gesprochen hat und mit ihren „Oggenern“, vom 17jährigen Schulmädchen angefangen über den Berufsschmuggler bis zum gefährlichen Verbrecher, der sieht die Dinge nicht in einer so einfachen Alternative, sondern erkennt neben dem ungeheuren Geschäft, das der Schmuggler zweifelsfrei ist, die soziale Not und das erschreckende Dahinvegetieren einer nur am Rande betrachteten Jugend — traurige Attribute eines verlorenen Krieges.

„Was wollen Sie machen“, sagt uns ein alter Grenzbesitzer aus Aachen, Vater von drei Kindern, der, wie er sagt, seinen „Kunden“ meist vom Gesicht abliest, was mit ihnen los ist. „Da kommt so ein junges Ding, 12 Jahre, zufällig komme ich den Vater, Rentner mit 60 Mark im Monat. Beim ersten Male, als das Mädel mit 2 Kilo Kaffee nach Hause kam, da legte er sie über. Dann aber stellte er fest, daß das Kind mit seinem einen Grenzgang in ein paar Stunden beinahe soviel verdient, wie seine Monatsrente ausmacht. Und dann tat er, als sehe er es nicht mehr. Ja, sehen Sie, 60 Mark im Monat, das ist ja nun mal nicht viel. Oder ein Siebzehnjähriger, den ich vorgestern erwischte, ein Pfund Kaffee hatte er bei sich. Er muß seine kranke Mutter ernähren, sagte er und ich sah ihm an, daß er nicht lag. Was er als Lehrling verdient, das legt zusammen mit der Unterstützung nicht vorne und

nicht hinten. Da geht er eben alle paar Tage nach Fetersabend über die Grenze. Hätten Sie ihm das Pfund Kaffee abgenommen?“ So sagte der Grenzer und fügte hinzu, Gies seien Fälle, die in ähnlicher Form nicht zu den seltenen zählen. Freilich, die große Menge der Kinder werde nicht so unmittelbar durch die Not getrieben. Viele würden von den Eltern angehalten, über die Grenze zu gehen und in Belgien zu betteln oder etwas einzusammeln. Der Grenzschutz konnte der großen Zahl von Kindern, die täglich durch die Wälder ziehen, und von weither kommen, nicht mehr Herr werden. Man richtete daher ein Heim ein, in dem die aufgefressenen Kinder bleiben, bis die Eltern sie abholen.

Das traurigste Kapitel dieses Kinderdramas ist die ständige Verkommenheit der jungen Menschen, die diesen kaum noch zu Bewußtsein kommt. Wir sprechen mit einem Arai, der viele der festgehaltenen Mädchen untersucht. „Nicht wenige unter ihnen sind krank“, sagt er. „Halbe Kinder noch von 16, auch 14 Jahren. Da haben sie einen Freund drüben in Belgien, gehen rüber, bleiben zwei Tage und kommen dann mit ein paar Zigaretten und Tafeln Schokolade zurück. Oder da sind die andern, die liegen nachts mit den gleichaltrigen Jungen zusammen, wenn sie in Truppe zu 20—30

über die Grenze gehen. Sie müssen sich diese armen Geschöpfe, denn sie trifft ja meist keine Schuld, einmal ansehen: strähnige Haare, übermüdete, oft verschlagene Augen und nicht selten eine Sprache, als wollten sie die Oberlippe gewisser Häuser überstreifen. Und dies aus dem Mund von Kindern.“

Im Wartesaal des Aachener Hauptbahnhofes sehen wir dann die grouen Gestalten jener heimatlosen Jugend, die sich zynisch „Wandervögel“ nennen und in den Nächten noch immer die Großstadt-Bahnhöfe bevölkern. Von niemandem gefragt, niemanden frage, sind sie die Blätter, die der Wind im deutschen Hinterhof im Kreise wirbelt. Hin und wieder verirrt sich eines, sehen wir einen dieser Jungen vor den vollen Schaufelstern stehen. So ist es auch auf dem Bahnhof wenig von ihrer Existenz zu verspüren. Auch diese jungen Menschen mit den wunden Zügen der Aeltern, die gewiß einmal von einem anderen Leben träumten, hat es nach Aachen gezogen, um das „Weihnachtsgeschäft“ zu machen. So liegen sie auf Bänken und Stühlen im Wartesaal der Grenzstadt, bis am nächsten Morgen der Trupp wieder losgeht, durch die Wälder ins Belgische, denn: es ist Konjunktur, Weihnachten steht vor der Tür, Grenz- und Bahnhofweihnacht.

Deutschland-Rundschau

VEREINTE WESTZONEN

Frankfurt. Die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft veranstaltet in der Zeit vom 26. Juni bis 3. Juli 1949 auf dem Gelände der Hannoverischen Exportmesse eine Landmaschinenchau. / Am Dienstag wurde in Kiebigstein im Tannus eine ständige Tarifikommission der Eisenbahnen in den drei Westzonen gebildet. — Kassel. Der durch das Kasseler Schwurgericht bereits wegen vierfachen Frauenmordes zum Tode verurteilte Hilfsarbeiter Konrad Pfaff aus Mecklar bei Hirschfeld hat inzwischen einen fünften Frauenmord eingestanden. Pfaff hatte seine Opfer, die zumeist aus der sowjetischen Zone über die grüne Grenze gekommen waren, erst vergewaltigt und dann ertrötet oder in der Falde erstickt. — Hamburg. Das Schwedische Rote Kreuz führt zur Zeit in Hamburg eine umfassende Aktion zur Bekämpfung der Tuberkulose durch. (UP)

FRANZÖSISCHE ZONE

Freilburg. Auf einer Zusammenkunft des Gesamtverbandes der Landtagsfraktionen und der Kreisvertreter der CDU Baden stimmten die Anwesenden einem Schreiben des Staatspräsidenten Leo Wohleb an den Parlamentarischen Rat zu, in dem dieser gegen die Beschlüsse des Rates in der Frage der Regelung der Bundesfinanzverwaltung protestierte. — Tübingen. Die französische Militärregierung hat laut SÜDENNA dem Betriebsratsgesetz des südwürttembergischen Landtags im allgemeinen zugestimmt. (Alle nicht geschätzten Nachrichten: DENA)

Bayerische Seefahrt — tut not!

Von unserem Münchner zH-Korrespondenten

„Schiff aho!“ — An diesen Ruf werden sich nun künftig Bayerns Bewohner gewöhnen müssen, denn ein neuer Abschnitt in der Geschichte ihres Landes hat begonnen. In kommenden Zeiten können bayerische Landleute sich in christlicher Seefahrt, auf eigener Flotte sogar, betätigen. Am Starnberger See, auch Würmsee genannt, fand in Gegenwart der Staatsregierung die Taufe eines neuen Dieselschiffes statt. Wie der Verkehrsminister sagte, ist es ein „Dieselmotordoppelschraubenschiff“.

Dies neue Flaggschiff führt die ganz anscheinliche Friedensflotte von zwei Dampf- und 3 Motorflugschiffen an, die bisher auf dem Starnberger See ein wenig beachtetes Dasein

fristeten. Bei der prächtigen Feierlichkeit, die der Verkehrsminister ein bayerisches Familienfest nannte, waren die Bischöfe der katholischen und evangelischen Kirche und der Militärgouverneur desgleichen von der Partie. Die Vertreter der amerikanischen Weltagenturen und der größten New Yorker Zeitungen hatten alle Hände voll zu tun, um die Atmosphäre dieses wichtigen Augenblicks einzufangen. Frau Ministerpräsident gab dem stolzen Schiff, das eine bisher unbekanntes Szenation an das Licht der Welt brachte, den Namen „MS BAYERN“. Ja, es ist wenigstens bekannt, daß die bayerische Schifffahrt schon 100 Jahre besteht. 1851 durchkreuzte das Dampfschiff Maximilian

zum ersten Male die Fluten des Sees. 1946 hat die Würmsee-Flotte mit 900 000 Fahrstunden wirklich eine große Leistung vollbracht. Es ist ein nicht mehr gut zu machendes Versäumnis der bayerischen Vorfahren, in der Vergangenheit in ihre Geschichtsbücher nichts von der Notwendigkeit eines Hafens an einem Weltmeer für Bayern geschrieben zu haben.

Doch wieder zurück zur Taufe. Allen Gewalten zum Trotz konnte das Wunderwerk bayerischer Technik, begonnen schon vor dem Krieg, fertiggestellt werden. Es wird zukünftig die riesigen Wassermassen des Starnberger Sees zerteilen, beladen mit erholungsgehenden Einheimischen und „Zus-grosten“. Und vertraulich gesagt, weitere Pläne zielen darauf ab, das angeblich überflüssige Verkehrsministerium in ein Marineministerium umzuwandeln. Im Kabinett soll man sich in Geheimhaltungen bisher vergeblich die Köpfe zerbrochen haben, wer zukünftig Admiralsminister sein soll. Wahrhaftig, ein schwieriges Problem, dessen sich die Zeitungen mehr annehmen sollten. Die zur Feier herbeigeeilten Einheimischen bemerkten, daß inmitten der weißblauen Fahnen, die die Landungsbrücke schmückten, ein Sternbanner die Bedeutung der Feier unterstrich. Sie waren enttäuscht darüber, daß die gnädige Frau Ministerpräsident statt der angebrachten Hofbräu-vollblutflasche eine Sekflassche zur Taufe benutzte. Der Bayernpartei nahebestehende politische Kreise wollen deshalb darauf dringen, zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Bayernpartei auch im Landtag ist, eine neue Taufe des Schiffes starten zu lassen.

Lizenz-Nummer US-WB 114. Herausgeber und Chefredakteur Fritz Richter, Stellvertreter: Christoforus Heinz A. Dechant. Redaktionsmitglieder: Max Gehlenhoyer, Heinz Haag, Wilh. Hagenmeyer, Rudolf John, Hans Molk, Dr. W. Oberkauf, Otto F. Passgen, Hildegard Frenz, Adolf Schatzsch, Josef Werner. — Mit vollen Verfassungen geschriebene Beiträge werden nicht unbedingt die Meinung der Redaktion zu. Nachdruck von Originalbeiträgen nur mit Genehmigung gestattet. Das Zitierenrecht bleibt unberührt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. — Verlag Süddeutsche Allgemeine Zeitungverlag GmbH, Verlagsdirektor: Dipl.-Ing. Herbert Löhrner.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Vertagung der UN-Vollversammlung wird von der Presse des Westens und Ostens wie folgt kommentiert:

THE NEW YORK TIMES. Die New Yorker Zeitung betont, daß in Paris bemerkenswerte Erfolge für den menschlichen Fortschritt erzielt wurden und daß der Zynismus und die Enttäuschung, die von mehreren Delegierten zum Ausdruck gebracht wurden, nicht gerechtfertigt sind.

THE TIMES. Wenn die Organisation der Vereinten Nationen weiterbestehen sollte, schreibt das Londoner Blatt, „so müsse sie von dem Vorwurf befreit werden, die Pariser Tagung habe nichts zur Erhaltung des Friedens, zur gegenseitigen Verständigung und zur Beseitigung des Mißtrauens beigetragen.“

LE FIGARO. Die rechtsgerichtete französische Zeitung erinnert daran, daß bei Beginn der Sitzung vor drei Monaten der Schatten eines Krieges über der Versammlung lag und daß jetzt, nachdem der Vorhang hinter der „Komödie von Chaillet“, wie sie von manchen bezeichnet wird, gefallen sei, die Anzei-

chen für eine Entspannung augenscheinlich seien.

ОПРАВДА. Als das Hauptergebnis der UN-Vollversammlung bezeichnet das Moskauer Blatt den moralischen und politischen Sieg der Sowjetunion und der östlichen Volkedemokratien. Den Machenschaften der Westmächte habe die Sowjetunion „ein Programm des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit auf demokratischer Basis“ gegenübergestellt.

Neben den Weltereignissen nimmt das deutsche Problem einen breiten Raum in führenden Blättern ein.

JOURNAL DE GENEVE. Die schweizerische Zeitung berichtet über Meinungsverschiedenheiten in Baden-Baden: „Es scheint, daß die Mission von François Poncet mehr und mehr Hindernissen begegnet. Führende Kreise scheinen vor allem mit den Gedankengängen de Gaulles zu sympathisieren. Die Meinungsverschiedenheiten finden sich vorzugsweise in „taktischen Fragen“. Paris sucht vor allem eine Zusammenarbeit mit den angelsächsischen Besatzungsmächten, während die Gaullisten eine Isolationspolitik verteidigen. François-Poncet

versucht, den deutschen Behörden im Rahmen des Besatzungsstatus eine größere Verantwortlichkeit zu übertragen und stößt dabei auf die Opposition der Militärregierung.“

Die skandinavische Presse diskutiert lebhaft die Frage: Beitritt zur Nordatlantik-Union oder nicht?

KOBENHAVEN. Die liberale dänische Zeitung schreibt: „Bis vor kurzem war es ganz deutlich, daß die USA darauf hinarbeiteten, dem Atlantikpakt eine möglichst breite westeuropäische Basis zu geben, und in diesem Zusammenhang spielte Skandinavien eine hervorragende Rolle. Wenn man sich jetzt von amerikanischer Seite darauf eingestellt hat, die bevorstehenden Verhandlungen nur auf die Staaten der Westunion zu beschränken, hängt dieses zusammen mit Eingaben dieser Länder, hauptsächlich Frankreichs. Von französischer Seite arbeitet man darauf hin, den Pakt zu beschränken, und Frankreich scheint nicht daran interessiert zu sein, Skandinavien zu beteiligen. Ein Gesichtspunkt hinter diesem französischen Standpunkt ist die Furcht davor, daß die militärischen Verordnungen aus den USA, die sich als unzureichend erweisen sollten, falls sie auf zuviele westeuropäische Staaten verteilt würden.“

EIN Sommer IM DREI VIERTELTAKT

ROMAN VON HARALD BAUMGARTEN

47. Fortsetzung

Großer Gott, die hatte ja Stimme, und wie jung und schön sie war! Ja, so mußte man aussehen, wenn man zum Theater ging, so mußte man singen können! Wallys Gesicht verfiel von Sekunde zu Sekunde. Nach dem ersten Akt gab es schon Beifallsstürme, Blumen und Präsenten. Die Schüler des Gymnasiums, die sich überzeugt hatten, daß weder der Rektor Knäpplern noch der Pedell in der Nähe waren, promenierten im Schatten der Bäume. Man schwärmte und phantasierte. Am Büfett ging es hoch her. Der zweite Akt wurde eingeklingelt. Pontevedro jauchzte, und Hanna Glawari sang das Vilja-Lied. In diesem Augenblick betraten noch zwei Gäste den Garten. Sie blieben dicht bei der Kasse stehen und hörten. Cordella sang ... aus dem Vilja-Lied klang der ganze Schmerz, den sie durchlitten, klang die Wehmut um den verlorenen Geliebten. Wie eine süße Vogelstimme blühte die Kantilene aus ihrer Kehle empor. „Bang steht ein Hebräerkranker Mann.“ Regungslos lauschten Blacher und Niki. Und während den Theateragenten ein heißes Glücksgefühl durch-

strömte, daß er nun endlich das gefunden hatte, was er suchte — einen Star, den er ganz allein entdecken durfte, flüsterte Niki vor sich hin: „Das Engelstimmerl ... aber das sind ja Tränen ... lauter Tränen, die sie singt!“ Mitten in den Beifallsstürmen nach dem zweiten Akt schloß drängen sich die beiden ungestüm durch die Monachmenge, die enthusiastisch die Orchesterbratung belagerte, und stiegen die kleine Treppe zur Bühne empor, angestaunt von den Bürklings, die nicht wußten, was sie aus diesen beiden Fremden machen sollten. Niki schob ungeduldig den Inspizienten, der ihnen in den Weg trat, beiseite und fragte nur, wo die Garderobe von Fräulein Falke sei, und Blacher donnerte, er sei der Theateragent Blacher aus Berlin und müsse unbedingt die Sängerin kennenlernen. So kam es, daß in der Pause die Tür von Mizis und Cordellas Garderobe höchst unanständig aufgerissen wurde, und Niki auf der Schwelle stand. Ein wenig weinlich, sehr gerührt, voll müder Grazie und in seinem echtsten Wienerisch ausrief: „Da schau her — die Cordi!“

in Extempores und urcholligen Verrenkungen der Beine.

Und doch war alles vergeblich. Denn der Theateragent Blacher saß in der Direktionsgarderobe und verhandelte mit Geschwind. Und da zeigte es sich, was für ein schauer Fuchs der alte Anatol Geschwind war, ganz auf dem Posten, wenn es galt, sich einen Vorteil zu sichern. „Ich habe einen Gastspielvertrag für Fräulein Falke an das Berliner Theater, mein lieber Herr Direktor, ich bitte Sie, die Künstlerin freizugeben“, schlug Blacher vor. Die Mundwinkel melancholisch herabgezogen, schüttelte Geschwind den Kopf. „Mein lieber Blacher, wo denken Sie hin? Ich soll meinen Star geben lassen? Zehn ausverkaufte Häuser hat sie mir in Bürklings gemacht. In Rottenburg werden es zwölf sein. Ausgeschlossen.“ Er mußte auf die Bühne, der Inspezient riefte ihn förmlich aus der Garderobe heraus. „Es wird nichts“, seufzte Niki und steckte sich eine lange Virginia an, „er gibt die Cordi net frei.“ Blacher knurrte etwas Unverständliches, und seine schwarzen Augen schossen Blitze. Ein aufgeregter Geschwind kam wieder herein. „Ich hab es mir überlegt“, begann er wieder, „um Ihnen einen Gefallen zu tun, lieber Blacher — wenn Sie mir eine Konventionalstrafe von 1000 Mark zahlen, dann ...“ Wie ein Teufel schnellte Blacher hoch. „Der Vertrag ist ungültig, Herr Direktor, das wissen Sie!“

„Wieso — ich habe die Kündigung gestrichen.“

„Gewiß, aber Fräulein Falke ist unmündig und durfte den Vertrag nur mit Genehmigung ihres Vormundes abschließen. Hier ist der Vormund. Haben Sie den Vertrag unterschrieben, Herr Krell?“ „Ka Spur“, murmelte Niki, „I unterschreib nie so etwas.“ „Also“, triumphierte Blacher, „Sie werden Fräulein Falke entlassen. Sie haben ja bereits Ihre frühere Sängerin wiedergeholt. Ich weiß alles!“ Er zeigte seine gelben Zähne und grinste Geschwind an. Nach der Vorstellung kamen Blacher und Niki nochmals in die Garderobe der Solistinnen. Cordella stand vor dem Spiegel und schminkte sich ab. Wie ein Triumphtor warf ihr Blacher einen Zettel auf den Tisch. „Hier! Ich habe es gewußt, als ich Sie das erstmal in meiner Agentur sah. Gastspielvertrag mit dem Berliner Theater. Sie werden die „Lu-stige Witwe“ in Berlin singen! Hoffentlich wissen Sie, was das bedeutet. Morgen werden wir. Übermorgen stelle ich Sie dem Direktor vor. Endlich habe ich meinen Edelstein gefunden. Unterschreiben Sie.“ Mit seinem dicken, behaarten Zeigefinger stieß er Niki auf die Brust. „Und du auch, Krell. Und dann hier diesen Revers. Ich verpflichte mich, alle weiteren Commitments nur durch die Theateragentur Blacher zu beistimmen.“ (Fortsetzung folgt.)

Beschämend?

Unter der Überschrift „Wir Männer“ bringen Sie einen kleinen Artikel, der für uns Männer etwas beschämend wirkt. Ja ich gebe es zu, daß er das ist, aber nur teilweise. Ich möchte dem gegenüber folgendes anführen:

Ich habe es des öfteren schon miterleben können, daß Männer, sichtbar von schwerer Tagesarbeit kommend, in der Straßenbahn gestanden sind, während junge Frauen, denen man die Freude auf ein kommendes Vergnügen (Tanz, Kino usw., zu dem sie offenbar unterwegs wären), seelenruhig sitzen blieben. Sie haben ja das Recht zu sitzen (nach dem ungeschriebenen Gesetz der Galanterie). Diese Auffassung war klar und deutlich in den Mienen der Frauen zu lesen.

Derlei und andere Fälle könnte ich zur Genüge aufzählen. Ich will hier keinen Angriff gegen die Frauen starten, nein, aber die sogenannte Rücksichtnahme muß in vertretbaren Grenzen bleiben. Gegen Vorechte für ältere Damen und Hausfrauen habe ich gar nichts einzuwenden, aber ich will ein bißchen versuchen, den Standpunkt der Männer klarzulegen. Dabei will ich aber keineswegs fleghafte Handlungen verschiedener in Schutz nehmen.

Die Frauen führen heute doch einen sooo... erbitterten Kampf um die Gleichberechtigung. Erwähnen Sie aber einmal gegen eine Frau (abgesehen von gewissen Situationen) etwas vom schwachen Geschlecht. Sie werden eine Antwort erhalten, die vom schwachen Geschlecht nichts mehr ahnen läßt.

Ich bin kein Einzelgänger und Feind der holden Weiblichkeit. Ich bilde mir auch ein, daß ich so einigermaßen verstehe, mit Frauen umzugehen (das bilde ich mir wenigstens ein, ob es stimmt, weiß ich nicht). Ich bin aber auch der Meinung, daß wir Männer nicht alles freiwillig auf unsere Kappe nehmen sollten.

Eine Stimme der Männer.

Mancher dieser Gedanken, die uns gestern, schon wenige Stunden nach Erscheinen der Zeitung, als „Stimme der Männer“ auf den Redaktionstisch flatterten, ist vielleicht gar nicht übel. Aber wir müssen doch sagen, daß „das ungeschriebene Gesetz der Galanterie“ sehr erschrocken war über die Formulierung, „daß wir Männer nicht alles freiwillig auf unsere Kappe nehmen sollten“.

Keine kalten Weihnachtstage?

Zu den in letzter Zeit durch die Presse gegangenen Meldungen über einen zu Weihnachten beginnenden sehr strengen Winter teilt das Amt für Wetterdienst Karlsruhe mit, daß eine derartige Vöhrhersage von Seiten des deutschen Wetterdienstes nicht herausgegeben wurde. Es liegen keine Anzeichen vor, die auf eine ungewöhnliche Strenge des Winters schließen lassen. Über den Zeitpunkt des Einsatzes winterlichen Wetters sind zur Zeit noch keine genaueren Angaben möglich.

Angefahren und verletzt. In der Amalienstraße wurde ein 53jähriger Knabe, der unvorsichtig über die Fahrbahn sprang, von einem Personenkraftwagen angefahren und leicht verletzt.

Noch gut abgelaufen! Beim Aufspringen auf eine fahrende Straßenbahn kam beim Marktplatz ein

Holzmüller zahlt jährlich 10000 DM

Kritik an der Weihnachtsmesse

Das gestern wieder einmal im Rathaus in Durlach versammelte Stadtratskollegium nahm mit Interesse den Bericht des Beigeordneten Dr. Ball über den Abschluß des Vertrages mit dem Zirkus Holzmüller zur Kenntnis. Holzmüller, dem auf dem Schmiedepplatz 11029 qm auf acht Jahre verpachtet werden, zahlt nun jährlich 10000 DM. Der Vertrag ist am 1. 12. 48 in Kraft getreten, und die Pacht bis Ende März nächsten Jahres ist — diese Mitteilung nahmen die Stadtväter mit sichtlichiger Genugtuung entgegen — bereits bezahlt. Holzmüller ließ sich jedoch nicht auf die Forderung ein, keine Revue aufzuführen, wie sie seitens eines Stadtratmitgliedes vorgebracht wurde. Stadtrat Dr. Kühn sagte hierzu, Revuen in Stuttgart hätten dem dortigen Staatstheater großen Schaden zugefügt. Holzmüller verpflichtete sich jedoch, auf Aufführungen aller Art zu verzichten, die in das traditionelle Arbeitsgebiet des Bad. Staatstheaters fallen.

Dr. Ball gab auch einen Bericht über die am Montag abgeschlossene Karlsruher Weihnachtsmesse, die von 27000 Personen besucht wurde, der Stadt jedoch nur die mäßige Einnahme von etwas über 1500 DM einbrachte. Stadtrat Dietz, der Gelegenheit hatte, die Mannheimer Weihnachtsmesse zu besuchen, sprach davon, daß zwischen Mannheim und Karlsruhe ein Unterschied wie etwa zwischen dem Zirkus Krome und einem Flozirkus bestanden habe. Dietz plädierte ferner dafür, daß solche Ausstellungen künftig für die Bevölkerung bei freiem Ein-

Aus der gestrigen Stadtratsitzung

tritt zugänglich sind und daß die Unkosten von den Ausstellern getragen werden.

Dies waren die Punkte, die auf Antrag der DVP und KP mit in die öffentliche Verhandlung übernommen wurden. Im offiziellen öffentlichen Teil wurde die Vorlage auf Geschwisterermäßigung an den Höheren Lehranstalten einstimmig gebilligt. Danach werden Familien mit zwei an höheren Schulen befindlichen Kindern 30 Prozent, mit drei Kindern 40 Prozent, mit vier und mehr Kindern 50 Proz. Schulgeldermäßigung gewährt. Die Ermäßigungen betragen 59 632 bzw. 15 520 bzw. 5700 DM, insges. also 80 872 DM. Schon in der nächsten Stadtratsitzung wird außerdem über eine Schulgeldbefreiung für begabte und tüchtige Schüler beraten werden. — Zum neuen Vorsitzenden der Waisenhausstiftung wurde mit großer Mehrheit Stadtrat Dr. Kromer (CDU) gewählt; eine Vorlage auf Verkauf des städtischen Grundstückes in der Hans-Sachs-Straße wurde genehmigt. W.

Milchablieferung geht täglich zurück

Warum der Normalverbraucher nur 1/2 Liter Milch pro Woche bekommt

Der Vorsitzende des Kreis-Milchleistungsausschusses für den Stadt- und Landkreis Karlsruhe wandte sich in Verbindung mit dem Oberbürgermeister, dem Landrat und anderen interessierten Stellen in einem Aufruf an die Milchablieferer. Es wird darin betont, daß infolge der günstigen Futterverhältnisse und der Auswirkungen der Währungsreform auf die Milcher-

Die TH erlebte ein studentisches Forum

Bevölkerung soll über Kartenausgabe durch Studenten selbst entscheiden

Am Montagabend hatte die Technische Hochschule gemeinsam mit der Militärregierung im Studentenhaus zu einem Studentischen Forum eingeladen, dessen Diskussionsleitung in Händen von Mr. Headrick lag. Neben dem stellvertretenden Militärgouverneur Mr. Gidaly und den örtlichen Repräsentanten von Staat, Stadt, Hochschulen und Studentenschaft waren auch Delegationen beschaffter Universitäten und Hochschulen erschienen.

Nach Begrüßungsworten des Rektors, Prof. Dr. Günther, wurden zunächst Etwa- und Wiederanfragen erörtert, deren Beantwortung im wesentlichen durch Militärattaché Dr. Thoma und den Rektor erledigt wurden. Anschließend wurde die Frage der Ausgabe von Kartenausgaben in der Höhe der währungsbesetzten Zuschüsse in Aussicht gestellt. Das Diskussionsergebnis des Punktes „Unterstützung“ gipfelte in der Tatsache, daß die augenblicklich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel nur zu einem geringen Teil die erhöhten Forderungen unserer Tage befriedigen können. Ehrensenator Dr. h. c. Freudenberg gab Hinweise auf die Durchführung selbst helfender Maßnahmen. In welchem Umfang bei der Bevölkerung der Wunsch nach einer Lebensmittelkartenverteilung durch Studenten vorliegt, soll bei der nächsten Kartenausgabe durch Befragung ermittelt werden. Ferner sagte der Leiter des Arbeitsamtes, Dir. Konz, seine Unterstützung bei der Vermittlung kurzfristiger Arbeiten zu, sofern von der Industrie entsprechende Anforderungen vorliegen.

Die im Anschluß hieran diskutierte Frage bezüglich des Mißstimmungsrechtes in Senat und Hochschulverwaltung erhielt durch die offenbar unerschlichen Angriffe gegen den Leiter des Studentendienstes, Prof. Dr. Fridke, eine etwas unfröhliche Note. Prof. Dr. Klotter stellte fest, daß Vertreter des Senats bereits früher Zutritt zu Senatssitzungen gehabt hätten, sofern rein studentische Fragen zur Debatte standen. Eine recht lebhaft diskutierte Frage der Auslandsstudium und der Gastprofessoren aus Mr. Headrick, dem vor allem die Beantwortung der zahlreichen Anfragen oblag, erledigte sich dieser Aufgabe mit viel Geschick und Humor. Das Devisen- und Transportproblem sei einer der Hauptgründe, die einen Anstau in der Höhe der englischen Quote im Augenblick noch stark erschweren. Es sei möglich, daß auch Karlsruhe im Laufe des nächsten Jahres einige Gastprofessoren erhält. Dr. Guttenkunst gab in seiner Eigenschaft als Vertreter der Stadtverwaltung einen kurzen Überblick über die derzeitige Wohnraumlage und die sich hieraus ableitenden Konsequenzen für die Studierenden der T.H. Die Frage, weshalb eine Fahrpreisermäßigung bei der Straßenbahn in Karlsruhe nicht ebenso möglich sein sollte wie in Mannheim, blieb leider offen.

In den abschließenden Ausführungen des stellvertretenden Militärgouverneurs, Mr. Gidaly, kam zum Ausdruck, daß sich die Veranstaltung nicht ganz in dem Rahmen bewegt habe, der bei dem geistigen Niveau dieses Forums hätte erwartet werden können. Mr. Gidaly empfahl vor allem intensive Ausnutzung der Selbsthilfemöglichkeiten und gab als negatives Beispiel in diesem Zusammenhang einen Hinweis auf die Verzögerung des Einsatzes der Wiederaufbaubank. W. L.

„Das Weihnachtsbild“ in der oberherrlichen Kunst

Kein Thema der christlichen Vorstellungswelt hat in der Kunst aller Völker durch die Jahrhunderte hindurch eine solche Fülle von Darstellungen gefunden wie das Weihnachtsgebäude. In welcher Weise das Land am Oberrhein seinen Teil dazu beigetragen hat, wird ein Vortrag des Kunsthistorikers und Kulturschriftstellers Dr. Otto Gilgen zeigen, den Studio Karlsruhe am Donnerstag, 18. Dez., um 17 Uhr senden wird. Dieselbe und jenseits des Rheins finden wir neben zahllosen kleineren Zeugnissen der bildenden Kunst, die das Weihnachtsfest zum Gegenstand haben, höchst bedeutsame Werke. So die Gemälde von Martin Schongauer, Matthias Grünewald und Hans Baldung Grien. Von ihnen sind heute nur noch wenige Werke erhalten, so daß sich der Hörer im wahren Sinne des Wortes „ein Bild ansehen kann“. B. L.

Drei Jahre Zuchthaus für Jugendschänder

Die Strafkammer versagte dem Angeklagten mildernde Umstände

Einer der übelsten Fälle wegen Sittlichkeitsverbrechen an Kindern kam vor der I. Strafkammer zur Verhandlung. In der sich der 49 Jahre alte Schreiner August Anderer aus Busenbach zu verantworten hatte. Dem bisher unbestraften, kinderlos verheirateten Angeklagten wurde vorgeworfen, sich in seiner Schreinerwerkstatt in Busenbach vom Frühjahr 1947 bis zum Sommer dieses Jahres in zwölf Fällen

an acht- bis dreizehnjährigen Schülern unsittlich verhalten zu haben. Späterer Fall ließ er sich im Späthjahr 1943 rüchulden kommen. Der Angeklagte gestand darüber hinaus ein, sich schon in den Jahren 1930 und 1936 verhalten zu haben — diese Fälle sind allerdings schon verjährt.

So ergab die Verhandlung das traurige Bild, daß der Angeklagte während eines Zeitraums von acht-zehn Jahren die halbwüchsige Jugend von Busenbach systematisch verdorben und trotz Warnungen sein übles Treiben fortgesetzt hat, bis er am 28. September verhaftet wurde. Bei den schweren und in ihren Folgen bei der heranwachsenden Jugend nicht abzusehenden Verfehlungen des Angeklagten, begangen aus Willensschwäche, versagte das Gericht die mildernden Umstände und verurteilte den Angeklagten wegen fortgesetzter Unzucht mit Kindern zu 3 Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Die Untersuchungshaft wurde auf die Strafe angerechnet. Der Vorsitzende brachte am Schluß zum Ausdruck, daß sich Eltern und Erzieher, soweit sie Kenntnis von den Verfehlungen des Angeklagten erlangten, nicht ganz zweckmäßig verhielten. Indem sie von einer Anzeige Abstand nahmen, wodurch der Jugendverderber sein schlimmes Treiben so lange fortsetzen konnte. H.

Aus den Karlsruher Vortragsälen

In einem von der Konzertdirektion Kurt Neufeld veranstalteten Vortrag sprach Carl Lamus, Karlsruhe, über „Die Wunderhallen von Lourdes“. Seine Ausführungen bildeten eine wertvolle Ergänzung zu dem derzeit laufenden Film „Das Lied der Bernadette“, da ja der Film doch zumist nur bildhafte Ausschnitte zu bringen vermag und letztere, seelische Vorgänge oft nicht so wiedergegeben werden können, wie das Wort, insbesondere das dichterische Wort es vermag. Der Vortragende gab einige interessante Daten über Franz Werfel, dessen gleichnamiges Buch dem Film zu Grunde liegt, seine geistige Entwicklung und die Entstehungsgeschichte seines Werkes, aus dem er zum Abschluß ein charakteristisches Kapitel voll geballter Spannung und dramatischer Wucht zur Verlesung brachte, eine Probe für Werfels Darstellungskunst, die im Rückblick auf die gleiche Filmzene einen sehr eindrucksvollen Vergleich ermöglichte. Ca.

Der Redienbacher-Hörsaal war bei der Veranstaltung der Anthroposophischen Gesellschaft am Samstag bis auf den letzten

Platz besetzt. Beweis für deren große Anhängerschaft. Redner des Abends war Dr. Walter Böhler aus Heilsberg, der unter phänomenologischem Gesichtspunkt zu dem Thema: „Nordlicht, Blitz und Regenbogen“ sprach. Er schilderte den Blitz als eine Verdichtung, das Nordlicht als eine Auflösung des Lichts und sah im Regenbogen die verbindende Mitte zwischen beiden Extremen, dem Element der Zerstörung, dem Chaos, und der Harmonie des Kosmos. Seiner Darstellung versuchte er, Gedanken Goethes aus der Farbenlehre zu Grunde zu legen, und nannte sie „eine goetheanistische (weil ein Wortgenosse!) Betrachtung“. Dem auf dem Boden der wissenschaftlichen Naturerkenntnis stehenden Hörer gelang es nicht, Zugang zu dieser Form der Weltanschauung zu finden, der die Lehre Rudolf Steiners, des Begründers der Anthroposophie, von der Dreigliederung aller Vorgänge im All wie im menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Leben als Basis dient. Ca.

Das Für und Wider um Schul-Dornburg

Verwaltungsrat und Kultusministerium zur Frage des Intendantenwechsels

Der Verwaltungsrat des Badischen Staatstheaters gab in seiner gestrigen Sitzung zur Frage des Intendantenwechsels folgende Erklärung ab: 1. Dem Verwaltungsrat wurde in seiner heutigen Sitzung das Kündigungs-Schreiben des Herrn Intendanten Schul-Dornburg vom 7. 12. 1948 vorgelegt. Er kommt dem Wunsch des Intendanten, vorzeitig auf 31. 12. 1948 um seinem Amt zu scheiden, nach und hat damit einverstanden.

2. In seinem weiteren Schreiben hat Herr Intendant Schul-Dornburg sich außerdem bereit erklärt, vor dem genannten Datum zurückzutreten. Die Führung der Geschäfte wurden dem Herrn Intendanten Köhler-Hellrich übertragen.

3. Der Verwaltungsrat hat mit besonderer Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß Herr Intendant Schul-Dornburg „dem Krenn, Intendanten, Herrn Köhler-Hellrich, bereits bei seinem Dienstantritt seine vollste, kollegiale Unterstützung in allen geschäftlichen und künstlerischen Fragen des Staatstheaters zugesagt hat.“

4. In Rahmen einer Pressekonferenz, an der auch Belegschaftsvertreter des Staatstheaters teilnahmen, legte der stellvertretende Landesdirektor für Kultur und Unterricht und Vorsitzende des Verwaltungsrats, Ministerialrat Dr. Thoma, noch einmal den Standpunkt des Kultusministeriums und des Verwaltungsrats in dieser Frage dar und gab im Einzelnen die Gründe zur freilichen Amtsenthebung Schul-Dornburgs bekannt. Davon ausgehend, daß das Kultusministerium und der Verwaltungsrat die künstlerische Potenz Schul-Dornburgs in vollem Maße anerkennen und auch er persönlich ihm nach wie vor mit größtem Wohlwollen gesonderte, führte Dr. Thoma aus, daß sich schon vor einiger Zeit sowohl das Kultusministerium und der Verwaltungsrat, als auch die Ensemble und ein Teil des Theaterpublikums des Eindruckes einer zunehmenden — vom Stand-

punkt des Königsleins fortwährend — Arbeitsunlust Schul-Dornburgs nicht habe verschließen können. Diese sei wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß sich der Intendant durch die Begrenzung der ihm zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel in der Erfüllung seiner künstlerischen Tätigkeit und Planung gehindert gefühlt habe, was ihn schließlich wohl auch zu der vorzeitig auf diesen Termin nicht zulässigen Kündigung veranlaßt hätte. Da es — besonders in der gegenwärtig schwierigen wirtschaftlichen Lage des Theaters — daran ginge, gerade die im Hinblick auf die Besucherzahlen) erfahrungsgemäß günstigste „Theatermonate“ Dezember-Januar so gut wie irgend möglich zu nutzen, sich andererseits aber die Einstellung Schul-Dornburgs bereits auf dem Dezember-Spielplan ausgewirkt habe, sei es seine Pflicht gewesen, sofort zu handeln, um das Staatstheater gegen einen finanziellen Rückschlag zu sichern.

Die Frage eines Pressevertreters, ob die „Arbeitsunlust“ des Intendanten ausschließlich durch die finanzielle Einengung hervorgerufen worden sei, oder ob dabei nicht auch die in Punkt 3 seiner Rücktrittserklärung angeführte „Jeder Theaterpraxis widersprechende Organisation des Geschäftsbetriebes“, mit anderen Worten eine für jeden Intendanten unzeitliche Finanzierung in seinem Kompetenzbereich von Seiten des Kultusministeriums und des Verwaltungsrats eine Rolle gespielt habe, beantwortete Dr. Thoma folgendermaßen, daß nur in Fragen des Etats von einer „Einschränkung“ die Rede gewesen sein könnte, dies aber selbst sich das Kultusministerium als verantwortliche Verwaltungsbehörde vorbehalten. Auf die Frage, wieviel Mitglieder der Verwaltungsrates erst durch die Frage von dem in ihrem Namen erteilten Intendantenwechsel erfahren hätten, erklärte Dr. Thoma, er habe an dem freilichen Tage des gesamten Verwaltungsrates telefonisch zu benachrichtigen versucht, soweit einzelne Mitglieder nicht ausriefen ge-

wesen wären, hätten sie allerdings erst nachträglich verständigt werden können. Was den kommissarischen Intendanten Heinrich Köhler-Hellrich betreffe, so liegt dieser Wert auf die Feststellung, daß er nicht daran denke, das wendige Nachfolger Schul-Dornburgs zu werden. So das unlaufende Gerücht, weshalb dem zugewiesenen Intendanten das Betreten des Konzertsbühnen verboten wäre, verleihe der Landesdirektor zurzeitweise einen Briefwechsel mit Schul-Dornburg, um dem herzugeben, daß dieses eine — inzwischen bis zum 18. Dezember verjährt — Abwicklungsfrist gewährt wurde, nach deren Ablauf das „aus demselben Grunde das Betreten von Diensträumen des Staatstheaters nicht mehr gestattet“ ist. Im weiteren Verlauf der Konferenz ergab sich als wesentliches Faktum nur noch das eine, daß Herr Schul-Dornburg zumindest in einem Fall der Presse gegenüber eine zuzutreffende Angabe gemacht haben muß.

Fazit: Die Gründe des Kultusministeriums sind plausibel, daß es sich um die Tätigkeit Schul-Dornburgs nicht in allen Punkten einverstanden erklären konnte, ist verständlich. Andererseits sind wir überzeugt, daß dessen Tätigkeit von der anerkanntesten Absicht geleitet war, das künstlerische Niveau unserer Staatstheater zu heben. Daß er sich aus der Entlassung heraus seine Fliese nicht in die Tat umsetzen zu können, so unüberlegtes Schritte wie dem einen Rücktrittserklärung in einem der Spielzeit hindern ließ, ist bedauerlich. In Anbetracht des — auch vom Kultusministerium und Verwaltungsrat wohl anerkannten — künstlerischen Fortschritts des ehemaligen Intendanten wäre es aber unsere Ansicht nach auch bei schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten unbedingt angebracht gewesen, das Kultusministerium und Verwaltungsrat vor einem entscheidenden Schritt in eingehender Beratung das Für und Wider abzuwägen und sich einem dem Versuch gemacht hätten, zu einer Verständigung mit dem Intendanten zu gelangen, anstatt den Verwaltungsrat so isoliert zu „benachrichtigen“. So betrachtet kann man also beiden Seiten den Vorwurf einer

übertrieben Handlungsweise nicht ganz ergehen. Im übrigen bleibt noch wie vor eine Frage offen, nämlich die, was Schul-Dornburg mit der „den Intendanten in der Ausführung seiner künstlerischen Funktionen hemmenden Geschäftsführung des Staatstheaters“ meint. Das Kultusministerium verweist — außerhalb der finanziellen Befugnisse — jegliche Entscheidung der Verwaltungsvorgängen in der Kompetenzbereich des Intendanten. Schul-Dornburgs andererseits lehnt eine diesbezügliche Entscheidung ab, da er vertraglich verpflichtet sei, auch nach seinem Ausscheiden als Intendant über derartige „Interim“ Stillstellungen zu bewahren. Schade, sehr schade; denn eben dieser Punkt hätte die Öffentlichkeit wohl ganz besonders interessiert. Hoffen wir jedenfalls, daß besagter „Punkt“ nicht noch einmal die Schuldzuweisungen hinter der Arbeit eines Karlsruher Intendanten darstellen wird. H. H.

IM STAATSTHEATER... Endet heute um 19.30 Uhr im Großen Saal ein einmaliges Gastspiel der Berliner Symphoniker unter ihrem Dirigenten Prof. Hans Knappertzsch statt; zur Aufführung kommen die IV. Sinfonie in d-moll von Schumann und die V. Sinfonie in e-moll von Tschaiwsky. — Morgen, Donnerstag, wird im Großen Saal um 19.30 Uhr — bei anschließender Entschleunigung — die Operette „Im weißen Rößl“ von Benatzky wiederholt.

Bei der Durchführung des Dramas „Soll und Haben“ von Hans Eißberg am kommenden Sonntag, 19. Dezember, wird der Dichter persönlich anwesend sein — Willy Birgel ist von der Generaldirektion zu einem weiteren Gastspiel als „Hanns“ in Zerkmayers „Das Teufels General“ eingeladen worden. Er spielt am 21., 22. und 23. Dezember, jeweils um 19.30 Uhr, im Großen Saal.

AUS DEM RUNDFUNK-PROGRAMM

Mittwoch, 18. Dezember Stuttgart: 12.30 Komödie: 14.00 Scherzhaft: 14.50 Bismarck: 15.00 Walter-Mähler: Zwischenmusik aus „Die drei Pintos“, K. Aderberg: „Suite pastorale“, 16.30

Kinderfunk: 17.00 Blick in die Welt: 17.15 C. M. v. Weber: Klavierkonzert: 18.00 Zum Zeitgeschehen: 18.30 Sport: 20.00 Hörspiel: „Die geliebte Stimme“ von J. Cocteau: 21.00 Unterhaltungskonzert: 22.00 Lieder v. Brahms: 22.15 Schachfunk: 22.30 Film im Funk: 22.30 H. Carossa zum 70. Geburtstag: 23.10 Studio Karlsruhe: 11.00 Karlsruhe Stadtgespräch: 23.50 Tanzmusik (H. Steinbacher u. Ensemble, „K. Korten-Trio und Blockflöten-Vokalisten.“ — Frankfurt: 20.15 Oper: „Die Walküre“ (H. Akt) von Wagner. — Nordwestdeutscher Rundfunk: 18.30 Leichte Musik. — München: 20.15 Hörspiel: „Madame Legons“ von H. Mann.

Wenig Aenderung

Vorhersage des Amtes für Wetterdienst Karlsruhe, gültig bis Freitag früh: Am Mittwoch stärker bewölkt, zeitweise etwas Regen, Nacht und am Donnerstag Bewölkung, zum Teil aufgelockert, in den Niederungen vielfach stark dunstig oder neblig. In Nebellagen Höchsttemperatur 2 bis 4 Grad, sonst über 5 Grad anziehend. In den Niederungen nachts leichte Fröste.

Rheinwasserstände vom 14. Dez. 1948

Koenigs: 250 —1; Bruch 71, —1; Keil 124, —3; Maxau 393, —3; Mannheim 140, —3; Caux 62, unv.

